

Datum: **17.08.17**
Telefon: 0 233-30786
Telefax: 0 233-20827



Anlage 1

**Personal- und
Organisationsreferat**
Organisation
POR-P 3.23

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Zweckentfremdung von Wohnraum, Erhöhung der personellen Ausstattung des Fachbereichs Ordnungswidrigkeiten“
(Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 09472)

Sozialausschuss am 12.10.2017
Vollversammlung am 23.11.2017

An das Sozialreferat, S-GL-B

Die im Betreff genannte Sitzungsvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit E-Mail vom 10.08.2017 zur Stellungnahme bis 28.08.2017 zugeleitet.

1. Aufgabe

Ahndung von Verstößen gegen das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum.

Für diese Aufgabe werden im o. g. Arbeitsbereich bereits 3,5 VZÄ eingesetzt.

Auslöser des Mehrbedarfes ist die personelle Aufstockung des Fachbereiches Bestandssicherung (Zuwachs von 14% seit Januar 2016), die Änderung des Bußgeldrahmens im Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum von derzeit 50.000 € auf 500.000 €, die Ausweitung der Tatbestände im Gesetz und die Installierung einer digitalen stadtweiten Meldeplattform für Münchener Bürger und Bürgerinnen zur Meldung von Zweckentfremdungs- und Erhaltungssatzungsverstößen jeglicher Art. Gemeldete Verstöße müssen dabei zeitnah bearbeitet werden, da sonst eine Verjährung droht.

2. Geltend gemachter Kapazitätsmehrbedarf

Stellenschaffungen

1,5 VZÄ für SB Ordnungswidrigkeiten der Fachrichtung Verwaltungsdienst (3. QE).

3. Beurteilung des Kapazitätsmehrbedarfs

Ergebnis

Zu den in der Sitzungsvorlage dargestellten Kapazitätsmehrbedarfen wird wie folgt Stellung genommen:

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt **vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung** der künftig geltend gemachten Stellenkapazitäten der Beschlussvorlage zu. Die zusätzlichen Stellenbedarfe erscheinen zwar dem Grunde nach nachvollziehbar, sind aber noch exakt zu bemessen. Die zusätzlichen Stellenkapazitäten sind deshalb zunächst **auf drei Jahre ab Stellenbesetzung zu befristen** und der tatsächliche Bedarf ist in diesem Zeitraum zu evaluieren. Die Ausführungen im Antrag der Referentin unter Ziffer 2 sind entsprechend anzupassen.

Begründung

Ein Mehrbedarf für **SB Ordnungswidrigkeiten** erschließt sich mit Blick auf die dargestellte Fallzahlsteigerung zwar dem Grunde nach, allerdings nicht der Höhe nach. Die Stellenforderungen basieren nicht auf einer Stellenbemessung. Deshalb erscheint dem POR eine Befristung der Stellenkapazitäten auf 3 Jahre ab Besetzung als sachgerecht. Der Bedarf ist zu evaluieren.

Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilung 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung.

Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei, das Direktorium und das Amt für Wohnen und Migration erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.